



# LINZ GESTALTEN

**DAS GRÜNE PROGRAMM FÜR LINZ**

[LINZ.GRUENE.AT](http://LINZ.GRUENE.AT)

**GERADE JETZT!**

# INHALT

Alt sein: Individuelle Lebensweisen ermöglichen .....	5
Andersrum: Gleichstellung aller Lebensentwürfe.....	7
Armut verhindern, Chancen gerecht verteilen .....	9
Barrierefreiheit: Autonomie stärken.....	11
Beschäftigung ausbauen und sichern.....	13
Bildung: Zugänge schaffen, Qualität garantieren.....	15
Energiewende: Umwelt schützen, Arbeit schaffen.....	17
Familien den Alltag erleichtern .....	19
Frauen bemächtigen, Gleichstellung erreichen.....	21
Gesundheit: Solidarität und Vorsorge .....	23
Integration gemeinsam gestalten.....	25
Jugend: Mit- und Selbstbestimmung ermöglichen .....	27
Kultur: Teilhabe erleichtern, Vielfalt fördern .....	29
Mobilität ist Kultur .....	31
Stadtplanung und -entwicklung: Bürger/innen beteiligen.....	33
Umwelt und Naturschutz: Vorrang für Lebensqualität.....	35
Wirtschaft: Der Mensch im Mittelpunkt .....	37
Wohnen: Leistbaren Wohnraum schaffen.....	39

## LIEBE LINZERIN, LIEBER LINZER,

das vorliegende Wahlprogramm ist unser Arbeitsprogramm für die kommende Gemeinderatsperiode. Wir konzentrieren uns deshalb bewusst auf jene Bereiche, die im politischen Gestaltungsspielraum der Stadt Linz liegen.

### **Und es gibt viel zu tun!**

Besonders die Wohnsituation hat sich in den letzten Jahren zugespitzt. Tausende Menschen suchen derzeit in Linz nach leistbaren Wohnungen. Wir wollen mit einem Sonderwohnbauprogramm zusätzliche Wohnungen schaffen und gleichzeitig Wohnkosten senken.

Wir stehen für ein Klima des Miteinander, das rechtsextreme, menschenverachtende Strömungen durch starke Gleichstellungs- und Integrationspolitik verhindert.

Wir setzen uns dafür ein, dass Klima- und Umweltschutz auch in schwierigen Zeiten nicht zu einem Luxus werden. Dabei setzen wir auf sanfte Mobilität genauso wie auf gesunde Luft oder den Ausbau des Stadtgrüns.

Unser Programm hat viel zu bieten und spannt den Bogen über alle kommunalpolitisch relevanten Bereiche.

Wir verstehen unser Wahlprogramm als klaren Arbeitsauftrag für die nächsten sechs Jahre. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir unsere Konzepte für ein lebenswertes, weltoffenes und vielfältiges Linz verwirklichen.

**Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung:  
Am 27. September Grün wählen!**

Ihre



Eva Schobesberger





# ALT SEIN: INDIVIDUELLE LEBENSWEISEN ERMÖGLICHEN

Die unterschiedlichen Bilder des Alters in der Öffentlichkeit sind Ausdruck einer Realität, die in der Diskussion um das Alter oft vergessen wird: die Vielgestaltigkeit des Alters. Wie schon die Unterscheidung zwischen ‚Betagten‘ und ‚Hochbetagten‘ zeigt, wäre es ungenau, nur vom ‚Alter‘ oder von ‚den Alten‘ zu sprechen. Mit einer solchen Vereinfachung wird man den vielschichtigen Realitäten der älteren Menschen nicht gerecht. Alle Menschen schaffen sich während ihres Lebens unterschiedliche Voraussetzungen für das Alter. Diese werden durch das Geschlecht, den Lebenslauf, die ökonomische und gesundheitliche Situation sowie durch die gesellschaftliche und familiäre Stellung beeinflusst.

Die ‚Alten‘ als homogene Gruppe gibt es aufgrund dieser unterschiedlichen Erfahrungen nicht. Insbesondere ist dem Unterschied zwischen den Geschlechtern Aufmerksamkeit zu schenken, da die gesetzliche Gleichstellung der Frauen auf gesellschaftlicher Ebene noch nicht vollzogen ist und Frauen im Alter materiell oft nicht hinreichend abgesichert sind. Aus GRÜNER Sicht ist es Aufgabe der städtischen Politik, die verschiedenen Bedürfnisse der älteren Generation aufzunehmen, Gemeinsamkeiten zu erkennen, Unterschiede zu akzeptieren und mit entsprechenden Maßnahmen darauf einzugehen.

Politik und Gesellschaft sind verpflichtet, entsprechende Rahmenbedingungen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere können sie dazu beitragen, die Beeinflussbarkeit des Alterungsprozesses in der Öffentlichkeit bewusst zu machen und präventive und unterstützende Angebote bereitzustellen.

Im Vordergrund sollten dabei gesundheitsfördernde Maßnahmen, Bildungsangebote, Maßnahmen zur sozialen Integration und zur materiellen Sicherung stehen. Im Bereich ‚Wohnen‘ stehen zwei zentrale Bedürfnisse der SeniorInnen im Vordergrund: Ältere Menschen möchten möglichst lange in individuellen Wohnformen leben, und sie möchten diese frei wählen können.

## DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:

- Entwicklung von Qualitätsstandards für die Betreuung in den SeniorInnenzentren um allen Beteiligten offen zu legen, was die Pflege in den SeniorInnenzentren leisten kann und was sie nicht leisten kann, auch damit Angehörige sich einstellen können, was sie erwarten können, aber auch, was nicht.
- Erhöhung des Angebots für GeriatriepatientInnen.
- Ausbau des „Betreubaren Wohnens“ und der „Mobilen Dienste“.
- Erweiterung der „Mobilen Dienste“ auf 24-Stunden-Betreuung wie in Pflegeheimen.
- Angebot an alternativen Wohnmöglichkeiten für SeniorInnen.



# ANDERSRUM: GLEICHSTELLUNG ALLER LEBENSENTWÜRFE

Liebe, Zuneigung und Sexualität sind grundlegende Bedürfnisse menschlicher Existenz. Menschen brauchen Beziehungen und die Freiheit, sie zu leben. Die "klassische" Vater-Mutter-Kind(er)-Familie ist nur ein Beziehungsmodell, es stehen aber unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten offen.

Zwischenmenschliche Beziehungen sind nicht auf eine einzige Erscheinungsform beschränkt. Es existiert eine Vielzahl an Lebensentwürfen und Beziehungsformen, die Ausdruck selbstbestimmter Lebensgestaltung sind. Wir GRÜNEN verstehen Familie dahingehend, dass Menschen in gemeinsamer Lebensplanung und -gestaltung auch außerhalb normierter Beziehungsformen leben.

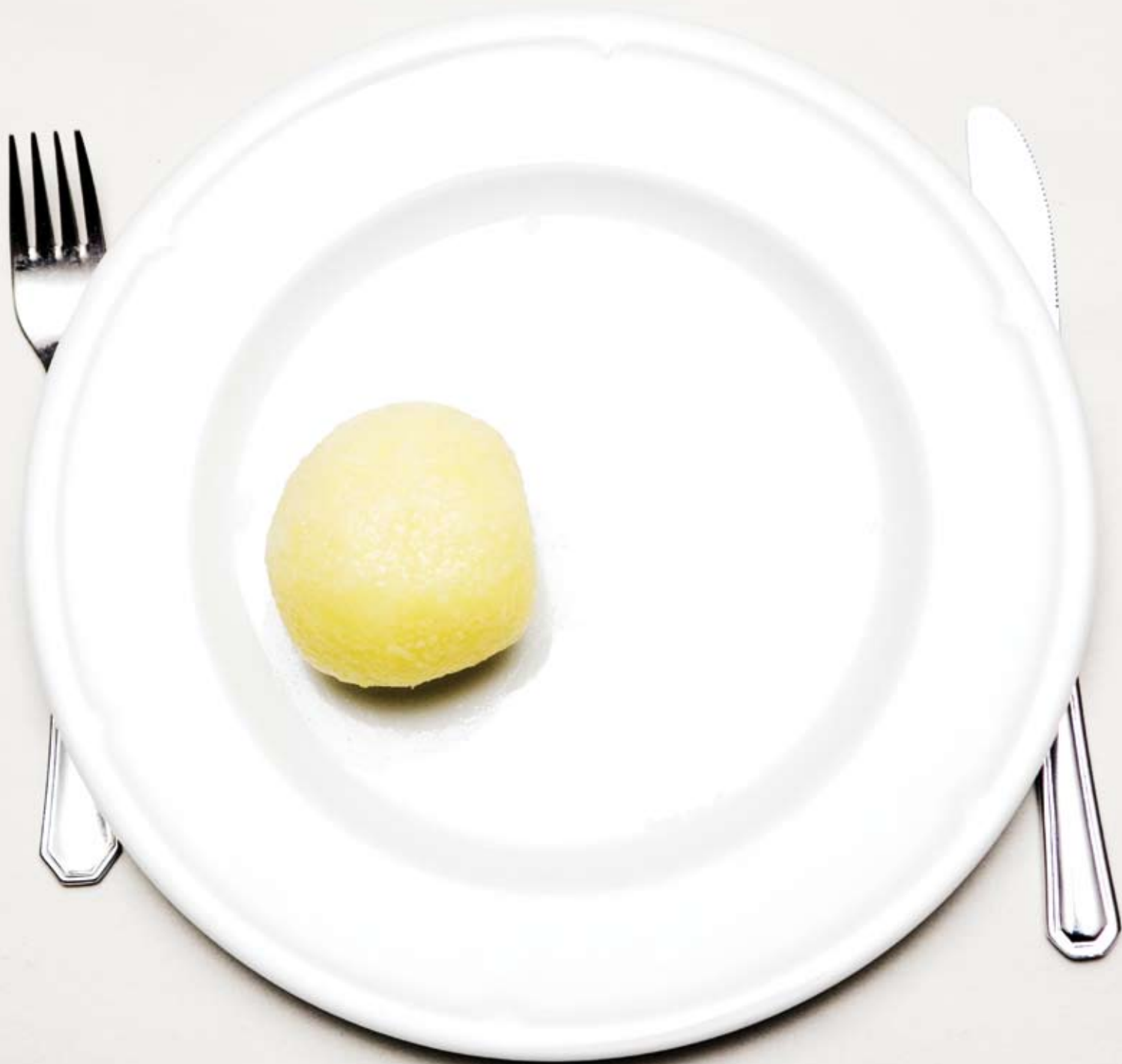
Homo- und Heterosexualität sind gleichwertige Varianten von Liebe und Geschlechtlichkeit. Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung zu benachteiligen bedeutet, ihre Menschenrechte zu missachten, und zerstört damit eine wesentliche Grundlage jeder freien und humanen Gesellschaft, die auf der Achtung und dem Respekt vor der Würde und der Einzigartigkeit des anderen und dem Recht auf Selbstbestimmung der Menschen begründet sein muss.

In den meisten europäischen Ländern wird mit Lesben, Schwulen und Transgenderpersonen wesentlich demokratischer umgegangen, Politik und Gesellschaft sind wesentlich aufgeklärter.

Wir fordern politische Lösungen zur völligen rechtlichen Gleichstellung.

## DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:

- Lesben-, Schwul- und Transgenderbeauftragte beim Magistrat und in den städtischen Betrieben.
- Deutliche Erhöhung der Förderungen für Lesbischwultransgender-Vereine.
- Bewusste Sichtbarmachung von alternativen Lebensentwürfen im Magistrat und den städtischen Unternehmen (Tourismus, Werbung, etc.).
- Kampagne zur Förderung homosexueller Paare als Pflegeeltern.



## **ARMUT VERHINDERN, CHANCEN GERECHT VERTEILEN**

Fünf Prozent der österreichischen Bevölkerung gelten als manifest arm, rund zwölf Prozent sind von Armut bedroht. Umgelegt auf Linz leben fast 10.000 Menschen in Armut und über 22.000 sind von Armut bedroht.

Armut kann nicht vom Sozialressort alleine bekämpft werden. Ganz im Gegenteil. Wohnen, Familie, Verkehr, Stadtplanung, Wirtschaftspolitik – das sind nur einige Themenbereiche, die hier stark miteinbezogen werden müssen. Jede Maßnahme, die die Linzer Stadtpolitik setzt, wirkt sich unmittelbar auf die Bevölkerung aus, besonders auf sozial Schwächere.

Daher ist es – nicht zuletzt aufgrund der Entwicklungen durch die Wirtschaftskrise – unbedingt notwendig, Entscheidungen, die in der Stadt getroffen werden, auf ihre soziale Verträglichkeit hin zu prüfen.

### **DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:**

- Erstellung eines „Linzer Aktionsprogramms gegen Armut“ unter breiter Beteiligung.
- Sozialverträglichkeitsprüfungen: Das Thema Armutsbekämpfung ist eine Querschnittsmaterie und muss deshalb in allen Politikfeldern berücksichtigt werden.
- Erstellung eines jährlichen Armutspräventionsberichts für die Stadt Linz.



# **BARRIEREFREIHEIT: AUTONOMIE STÄRKEN**

Wir GRÜNEN stehen für ein barrierefreies Linz. In diesem Sinne wollen wir erreichen, dass in unserer Stadt Kinder, Jugendliche und erwachsene Menschen mit und ohne Behinderung in den Bereichen Tageseinrichtungen für Kinder, Schule, Betrieb, Wohnumfeld, Freizeit, Kultur, Sport und Gesellschaft miteinander reden, lernen, arbeiten und leben.

Menschen mit Behinderungen müssen unter Ausschöpfung der rechtlichen Möglichkeiten alle notwendigen Hilfen und Unterstützungen zur Verbesserung ihrer Lebensqualität erhalten, damit sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Aus unserer Sicht müssen alle Lebensräume barrierefrei gestaltet werden.

Die öffentliche Infrastruktur muss in allen Stadtteilen den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen entsprechend gestaltet und ihre Sicherheitsbedürfnisse im öffentlichen Straßen- und Verkehrsraum beachtet werden. Menschen mit Behinderungen müssen bei ihrer Lebensgestaltung Wahlmöglichkeiten haben und im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbstbestimmt arbeiten und wohnen. Dazu sollen sie Unterstützungsangebote wie individuelle Assistenz, Pflege, Sozial- und unabhängige Beratungsdienste und geeignete Arbeits- und Wohnformen in Anspruch nehmen können. Außerdem müssen besondere integrationsfördernde Leistungen öffentlich gewürdigt und ausgezeichnet werden.

## **DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:**

- Eine umfassende Bestandsaufnahme der städtischen Barrieren – von Gehsteigkanten über Spielplätze und WCs bis zur Zugangs- und Nutzungsmöglichkeit aller öffentlicher Gebäude und Einrichtungen der Stadt.
- Darauf aufbauend werden notwendige Strukturen und ein Maßnahmenplan zur schrittweisen Beseitigung aller Barrieren entwickelt.
- Ein Controlling auf Barrierefreiheit für alle geplanten Um- und Neubaumaßnahmen und sonstiger Planungen nach dem städt. Haushalt und der mittelfristigen Finanzplanung.
- Ein regelmäßiges Berichtswesen.
- Menschen mit Behinderung zahlen künftig nicht mehr doppelt: Freier Eintritt und Freifahrt mit den Linz Linien für Begleitpersonen (eingetragene persönliche Assistenz).
- Informationsoptimierung: Auf der Homepage der Stadt wird eine Seite eingerichtet, wo über die laufenden Aktivitäten der Stadt genauso informiert wird wie über barrierefreie Gasthäuser und Geschäfte, Veranstaltungsorte und Freizeiteinrichtungen, Vereine und Behörden wie Fördermöglichkeiten für betroffene oder Betriebe. Die/der BehindertenkoordinatorIn der Stadt wird mit den dazu notwendigen Ressourcen ausgestattet.



# BESCHÄFTIGUNG AUSBAUEN UND SICHERN

Eine Gesellschaft nach GRÜNEN Grundsätzen bietet Existenzsicherheit, Anerkennung und Partizipation selbstverständlich auch der Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht im Erwerbsprozess stehen. Darüber hinaus steht für uns fest, dass eine befriedigende, frei gewählte und mit der jeweiligen persönlichen Situation gut vereinbare Erwerbsarbeit ein wichtiger und sinnvoller Bestandteil sowohl eines erfüllten Lebens als auch einer humanen Gesellschaft ist.

Erwerbsarbeit muss jedoch ein Mindestmaß an Qualität haben – für die Arbeitenden (für ihre Gesundheit, für ihr Selbstwertgefühl und für ihren Lebensstandard), für die Umwelt und für die Gesellschaft. Solche Erwerbsarbeit in ausreichendem Maß für die arbeitsfähige Bevölkerung anbieten zu können bzw. zu ermöglichen, muss Ziel der Politik – und nicht nur der Arbeitsmarktpolitik – sein.

Wenn in Krisenzeiten die kollektive Arbeitszeit weniger wird, muss die Politik – im Sinne der Solidarität – die vorhandene Arbeit auf die Arbeitswilligen gerecht aufteilen. In Zeiten der Krise sollen sinnvolle Modelle der freiwilligen Arbeitszeitverkürzung angedacht und umgesetzt werden. Die Krise bringt auch die Verantwortung, vermehrt in zukunftsorientierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu investieren: in Umwelttechnologie und Kreativwirtschaft, aber auch im Bereich der Pflege liegt enormes Wachstumspotential. Ebenso mangelt es im vorschulischen Bildungsbereich und in der Sozialarbeit an qualifizierten Fachkräften.

Auch wenn Arbeitsmarktpolitik in erster Linie nationalstaatliche Politik ist (Bildungs- und Schulpolitik, Gleichstellungspolitik, Geld- und Fiskalpolitik, Steuerpolitik), hat die Stadt dennoch Möglichkeiten, positive Akzente für den regionalen Arbeitsmarkt zu setzen.

## DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:

- Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Sozialbereich, z.B. durch fünf dezentralisierte Sozialzentren.
- Schaffung von neuen Arbeitsplätzen im Umweltbereich.
- Die Stadt initiiert und unterstützt Ausbildungsinitiativen besonders im Bereich der Altenfachbetreuung und Kindergartenpädagogik.
- Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Jugendliche, MigrantInnen, Menschen mit Beeinträchtigungen.
- Die Stadt Linz als vorbildliche Arbeitgeberin – Infoblock über die Vorteile von verschiedenen Modellen der freiwilligen Arbeitszeitverkürzung (Bildungskarenz, Sabbaticals, 35-Stunden-Woche, u.ä.) in der Dienstausbildung.
- Förderung des Bewusstseins für verkürzte Arbeitszeiten: Die im Eigentum der Stadt befindlichen Betriebe und der Magistrat erarbeiten einen Bericht, der die Verteilung der Arbeitszeit (Teilzeit, Vollzeit, Überstunden, etc.) darlegt. Darauf aufbauend wird ein konkreter Maßnahmenplan erarbeitet, wie verbesserte Anreize für verschiedene Modelle der freiwilligen Arbeitszeitverkürzung (Bildungskarenz, Sabbaticals, 35-Stunden-Woche, u.ä.) gemacht werden können.
- Job Impuls: Dieses Angebot soll von derzeit 300 betreuten Personen (SozialhilfeempfängerInnen) auf 600 Personen verdoppelt werden.



# BILDUNG: ZUGÄNGE SCHAFFEN, QUALITÄT GARANTIEREN

Bildung ist die zentrale Voraussetzung für eine selbstbestimmte Gestaltung des Lebens, sie schafft die Grundlagen in unserer demokratischen Gesellschaft für ein solidarisches und verantwortungsvolles Miteinander.

Bildung soll Menschen befähigen, Zusammenhänge zu erkennen. Damit wird die Entwicklung zu einem emanzipierten und kritischen Menschen ermöglicht.

Die Linzer GRÜNEN sind gegen eine frühzeitige Selektion von Kindern, weil sie keine Chancengerechtigkeit schafft. In einer Welt des ökologischen, gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Wandels müssen alle bestmögliche Chancen auf eine umfangreiche Ausbildung erhalten, lebenslanges Lernen muss gefördert werden: beginnend im Kindergarten, in der Schule, Lehre oder Studium sowie in der Erwachsenenbildung, aber auch das Lernen im Alter.

Schulsozialarbeit mit den Schwerpunkten Gewalt- und Suchtprävention muss verstärkt Einzug in die Schulen finden und gefördert werden.

Die Ausstattung der Schulen muss den modernen Anforderungen gerecht werden, thermische Sanierung der Gebäude kommt vielen zugute: den SchülerInnen sowie den Lehrenden und Angestellten einerseits sowie der Umwelt und der Wirtschaft andererseits.

Das Programm der Linzer GRÜNEN beweist auch hier, dass kein Thema für sich alleine gestellt ist, sondern sich alle gegenseitig ergänzen!

## DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:

- „Linzer Bildungsscheck“ in Höhe von 100 Euro jährlich für LinzerInnen.
- Fördermaßnahmen für frauen- und migrantInnenspezifische Bildungsangebote.
- Sanierungs- und Ausstattungsoffensive in den Schulen und Bildungseinrichtungen.
- Schulsportplätze, insbesondere Beachvolleyballplätze als Freizeiteinrichtungen öffnen.
- Schulräume, Horte, Sportplätze als öffentliche Bildungs- und Freizeiteinrichtungen öffnen.
- Flächendeckender Einsatz von ExpertInnen als Beitrag der Stadt zur Vermeidung von Konflikten und zur Entlastung der PädagogInnen.
- Flächendeckender und bedarfsgerechter Ausbau der Krabbelstuben
- Initiativen für Ausbildungsoffensiven für KindergartenpädagogInnen.
- Kostenfreier Krabbelstuben- und Hortbesuch.
- Ausbau der Sprachförderung ab dem Eintritt in Krabbelstube oder Kindergarten für alle Kinder mit Sprachdefiziten.
- Geschlechtssensible Pädagogik – vom Kindergarten bis zum Hort – in allen städtischen Kinderbildungseinrichtungen.



# ENERGIEWENDE: UMWELT SCHÜTZEN, ARBEIT SCHAFFEN

Eine sichere, umweltverträgliche und bezahlbare Energieversorgung gehört zu den wichtigsten Aufgaben unserer Zeit. Energie ist der Motor unserer Wirtschaft und die Grundvoraussetzung für Wohlstand und Lebensqualität.

Fossile Energieträger, wie Öl, Gas und Kohle, werden immer knapper und deshalb tendenziell teurer. Die Wirtschaft sowie jedeR LinzerIn bekommen steigende Preise schmerzlich zu spüren. Bezahlbare Energie wird immer mehr zur sozialen Frage.

Der drohende Klimakollaps stellt eine weitere Herausforderung dar. Unsere Energieversorgung muss deshalb nicht nur langfristig sicher und bezahlbar, sondern auch umweltverträglich sein. Das alles geht nur mit einem konsequenten Umbau unseres Energiesystems: Wir müssen mit weniger Energie auskommen und diese effizienter verbrauchen. Den Energiebedarf müssen wir zunehmend mit erneuerbaren Energien decken – also mit Solarenergie, Biomasse, Windkraft, Wasserkraft und Erdwärme. Die Nutzung von Atomkraft ist aufgrund der unabschätzbaren Gefahren und der enormen Folgekosten unverantwortlich.

## DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:

- Regelmäßige Bewusstseinsarbeit beim Energiesparen: In Publikationen der Stadt Linz wird laufend auf die Energiesparpotenziale hingewiesen.
- Die Stadt Linz tritt dem Programm „E-GEM – Das Programm für öö. Energiespar-GEMEinden“ bei und entwickelt gemeinsam mit dem Öö. Energiesparverband ein umfassendes Maßnahmenpaket zum Energiesparen.
- Energie-Aktionen: Durchführung von Aktionstagen, Schulwettbewerben oder Energieberatungstagen, um GemeindebürgerInnen aktiv in Energieeffizienz- und Ökoenergie-Programme einzubinden.
- Entwicklung eines Masterplans: Linz als „Energiehauptstadt Europas“.



# FAMILIEN DEN ALLTAG ERLEICHTERN

Noch immer sind viele Entscheidungen in der Politik vom Bild einer Mutter-Vater-Kind-Familie mit einem Haupternährer geprägt, das schon längst nicht mehr der Lebensrealität der Mehrheit der Bevölkerung entspricht. Berufstätigkeit beider Eltern, AlleinerzieherInnen, Patchworkfamilien sind Lebensrealität für viele Kinder und Erwachsene in dieser Stadt. Gesellschaftliche Veränderungen, wie steigender Druck in der Arbeit und am Arbeitsmarkt, atypische Beschäftigungsverhältnisse, längere Ladenöffnungszeiten, Zunahme von AlleinerzieherInnen, Reduktion von Sozialleistungen sowie zunehmende Überschuldung von Haushalten machen es für Familien immer schwieriger, den eigenen Anspruch eines gelingenden Familienlebens zu erfüllen.

Ist es für Familien, bei denen beide Elternteile die Verantwortung für die Kindererziehung übernehmen, oft schon schwierig, den Bedürfnissen ihrer Kinder gerecht zu werden, so ist diese Aufgabe für Alleinerziehende meist ungleich schwieriger. Eine der größten Schwierigkeiten für Alleinerziehende ist die Armutsgefährdung - sowie die Überlastung durch die ununterbrochene und alleinige Verantwortung und Betreuungsarbeit.

Wir GRÜNEN bekennen uns zu einer Familienpolitik der Stadt, die bei allen politischen Entscheidungen die unterschiedlichsten Familienwirklichkeiten berücksichtigt. Familienpolitik kann nur dann zu einem gelingenden Familienalltag beitragen, wenn sie nicht losgelöst von der sonstigen Politik betrieben wird, sondern als ausdrücklicher, integraler Bestandteil der Wirtschafts-, Bildungs-, Gesundheits-, Wohnungs- und Arbeitsmarktpolitik.

GRÜNE Familienpolitik fordert anstelle populistischer Alibi-Aktionen (Kinderschecks) die Entwicklung einer nachhaltig kind- und elterngerechten städtischen Infrastruktur.

## DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:

- Erweiterung der Öffnungszeiten in Tagesbetreuungseinrichtungen bis 18:00 bei Bedarf.
- Wegfall des Nachweises über eine 20stündige Beschäftigung der Eltern als Aufnahmevoraussetzung für einen Krabbelstubenplatz der unter 3jährigen.
- Personalaufstockung im Bereich der Erziehungshilfe um 30% und Dezentralisierung der Erziehungshilfe auf fünf stadtteilbezogene, lebensnahe Sozialzentren.
- Ausbau der Krisenpflegefamilien in Linz um den Kontakt zwischen Kindern und Eltern gewährleisten zu können.
- Ausbau der städtischen Eltern-Kind-Zentren.
- Errichtung eines Indoor-Kinderspielplatzes als Pilotprojekt zur witterungsunabhängigen Nutzung.

A close-up photograph of a person's face and upper torso. The person has a black mustache sticker on their upper lip and is wearing a black t-shirt. The t-shirt features a white checklist with three items: 'MALE', 'FEMALE', and 'FUCK OFF!'. The 'FUCK OFF!' item is checked. The person is also wearing a necklace and earrings. The background is a textured, light-colored wall.

MALE

FEMALE

FUCK OFF!

# FRAUEN BEMÄCHTIGEN, GLEICHSTELLUNG ERREICHEN

Zentrales Ziel der GRÜNEN ist die volle Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen. Statistiken, Studien und die Realität zeigen, dass wir davon heute noch ein gutes Stück entfernt sind. Zum Beispiel verdienen Frauen deutlich weniger als Männer. Auch in Linz ist das Einkommen von Frauen bei ganzjähriger Vollbeschäftigung um 27,3 % geringer als das der Männer.

Um allen Frauen und Männern volle und selbstbestimmte Teilhabe in allen Lebensbereichen zu gewährleisten, braucht es neben einer Bewusstseinsänderung vor allem konkrete politische Maßnahmen in allen Handlungsbereichen und auf allen Handlungsebenen. Das bedeutet Gleichstellungspolitik als Querschnittsmaterie in allen Politikfeldern genauso wie offensive Frauenpolitik, die bestehende Benachteiligungen benennt und entsprechende Fördermaßnahmen ergreift. Viele der notwendigen Maßnahmen, wie etwa die Einführung eines einkommensabhängigen Karenzgeldes fallen in die Zuständigkeit des Bundes, der Länder oder bedürfen einer gesamteuropäischen Lösung. Auf Gemeinde-Ebene gibt es beginnend mit Bewusstseinsbildung wichtige Handlungsansätze etwa im Bereich der vorschulischen Bildung oder der gezielten Steuerung von Subventionen.

## DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:

- Frauenstadträtin: Frauen- und Gleichstellungspolitik wird ein Aufgabenbereich im Stadtsenat.
- Deutliche Erhöhung des Projektbudgets für das Linzer Frauenbüro auf 200.000 Euro für bewusstseinsbildende und gleichstellungsfördernde Maßnahmen.
- Drei zusätzliche Mitarbeiterinnen im Linzer Frauenbüro.
- Frauenkulturfestival.
- Linzer Frauen- und Gleichstellungsbericht: die regelmäßige Erhebung der Ist-Situation ist notwendige Basis für die Weiterentwicklung der Linzer Gleichstellungspolitik.
- Betriebliche Frauenförderung: die Stadt Linz stellt jährlich 200.000 Euro für die Erstellung betrieblicher Frauenförderungspläne zur Verfügung.
- Die Stadt Linz als vorbildliche Arbeitgeberin - Gendertraining als bewusstseinsbildende Maßnahme in die Dienstausbildung.
- Frauenförderung: Die im Eigentum der Stadt befindlichen Betriebe und der Magistrat erarbeiten einen Bericht, der Gehaltsstruktur nach Geschlecht sowie die geschlechtsspezifische Verteilung hinsichtlich Teilzeit, Vollzeit, Lehrberufen, Weiterbildung und Führungspositionen darlegt. Darauf aufbauend wird ein konkreter Maßnahmenplan erarbeitet, wie bestehende Benachteiligungen beseitigt werden.



# GESUNDHEIT: SOLIDARITÄT UND VORSORGE

Die GRÜNEN bekennen sich im Gesundheitsbereich zum Prinzip der solidarischen Gesamtsicherung (gesetzliche Krankenversicherung), weil die Selbstverantwortung des/der Einzelnen dadurch in keiner Weise ausgeschlossen wird.

Aus sozialmedizinischen Gründen lehnen die GRÜNEN zugleich das Prinzip der Schuldzuweisung an PatientInnen ab. Es muss allen Menschen in vollem Umfang beigestanden und geholfen werden.

Die Mittel für den Sozialstaat und das Gesundheitssystem sollen durch Beiträge von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen, durch Vermögens- und Gewinnbesteuerung sowie durch eine Wertschöpfungsabgabe aufgebracht werden.

Die Gesundheitsversorgung muss zentral geplant werden. Das schließt aus GRÜNER Sicht nicht aus, dass viele unterschiedliche Institutionen und Leistungserbringer daran beteiligt sind. Intensive regionale Zusammenarbeit von AllgemeinmedizinerInnen, FachärztInnen und Spitälern soll die Heilungschancen steigern und teure Mehrfachuntersuchungen verhindern, ebenso wie die unkontrollierte Verschreibung von Medikamenten. Bessere Vernetzung der Institutionen senkt zudem die Kosten und verringert das Risiko medizinisch verursachter Komplikationen.

## DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:

- Schaffung geeigneter Strukturen, damit in den Linzer Kindergärten und Schulen die LehrerInnen, die Eltern und die Kinder als PartnerInnen zusammenarbeiten, um gemeinsame Programme umzusetzen, in denen ihre grundlegenden gesundheitlichen Wertvorstellungen verwirklicht, gesunde Lebensweisen gefördert, Unfälle verhindert und die Aneignung grundlegender Lebensfertigkeiten vermittelt werden.
- Wir wollen ein Ermutigungsprogramm für gesunde Ernährung. Die Stadt Linz ermutigt Betriebe und Gaststätten „Gesunde Menüs“ anzubieten. Besonderes Augenmerk bei diesem Ermutigungsprogramm ist auf die Betriebsküchen zu legen.
- Wir wollen entsprechend der gestiegenen Zahl älterer Menschen, dass populärwissenschaftliche Rundfunk- und Fernsehsendungen gefördert werden, die Fragen der Prävention (z.B. Ernährungsberatung) behandeln.
- Wir wollen allgemein zugängliche Freizeit- und Tourismusaktivitäten, die auf kranke Menschen zugeschnitten sind - z.B. geführte Wanderungen zur Osteoporoseprävention, Aktivurlaub mit begleitender medizinischer Versorgung wie etwa Dialyse.
- Umstellung auf die Versorgung mit Lebensmitteln im Einflussbereich der Stadt Linz, bevorzugt saisonal und regional produziert, ansonsten nach Fair-Trade-Kriterien hergestellt.
- Forcierung von Ernährungsberatung durch die Stadt Linz.

DIE VIELFALT DER  
EINFALT IST GROSSE

# INTEGRATION GEMEINSAM GESTALTEN

In Linz leben Menschen aus mehr als 140 Nationen. Aufgrund der damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen brauchen wir eine seriöse Integrationspolitik.

Migration findet statt, Integration braucht Unterstützung durch die Politik und die Gesellschaft. Die Linzer GRÜNEN stehen für eine innovative und anerkennende Integrationspolitik, in der alle Menschen unabhängig von ethnischer und nationaler Herkunft ihren Raum finden und sich entfalten können. Dabei ist Integration keine Einbahnstraße: Gesellschaft und Rechtsstaat müssen die Rahmenbedingungen schaffen, in denen Integration auch möglich ist. MigrantInnen ihrerseits sind zu fördern und zu fordern, die Ängste der Menschen müssen ernst genommen werden.

GRÜNE Integrationspolitik schafft beides: ein Klima der Weltoffenheit und Fairness, das Chancen zur nachhaltigen Teilhabe am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben in der Stadt für alle Menschen eröffnet. Wir GRÜNEN sehen kommunalpolitische Handlungsspielräume, in denen wir auf Basis der Demokratie und Menschenrechte konkrete Projekte unterstützen, die für ein faires Miteinander sorgen.

## DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:

- Einrichtung eines städtischen Integrationsausschusses zur Koordinierung der städtischen Integrationsmaßnahmen und Beauftragung eines Stadtsenatsmitglieds mit den Integrationsagenden.
- Konkrete Maßnahmen zur Umsetzung des Integrationsleitbildes des Landes OÖ
- Abschaffung der Zugangsbeschränkungen bei der GWG
- Aufstockung der Budgetmittel des Migrations- und Integrationsbeirates um 200.000 Euro jährlich zur Basisfinanzierung der MigrantInnenorganisationen.
- Einsetzen von Menschen, Migrationshintergrund an öffentlichen Stellen, mehrsprachiges Infomaterial im öffentlichen Raum
- Förderung von staatlichen und selbstverwalteten (Schul-)Projekten zur Unterstützung des Spracherwerbs von Immigrierten und Einheimischen.
- Förderung interkultureller Kompetenz verpflichtend im Rahmen der Dienstausbildung.
- Einbürgerungsfeiern für neue StaatsbürgerInnen als Zeichen konsequenter Anerkennungspolitik.



# JUGEND: MIT- UND SELBSTBESTIMMUNG ERMÖGLICHEN

GRÜNE Jugendpolitik stellt die Jugendlichen selbst, ihre Wünsche, Bedürfnisse und Verlangen nach Teilhabe am öffentlichen Leben in den Mittelpunkt ihres Handelns. Wir sehen Jugendliche nicht als Störfaktor des geordneten städtischen Lebens, sondern als Bereicherung unserer Gesellschaft. Der verständlichen Verunsicherung junger Menschen wollen wir aktive und konkrete Maßnahmen entgegensetzen, sei es in der Bildung, im Berufsleben oder in der Freizeit.

Zentrale Anliegen junger Menschen finden ihren politischen Ausdruck in zahlreichen Bereichen unserer Arbeit: die Garantie sicherer und gut entlohnter Arbeitsplätze, qualitativ hochwertige und breit zugängliche Ausbildungsmöglichkeiten und eine offene Gesellschaft als Garantin der individuellen Entfaltung sind Anliegen, die junge Menschen besonders betreffen. Genauso sind wir der Ansicht, dass die Förderung von Frauen in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen sowie die Integration von BürgerInnen mit Migrationshintergrund gerade im Jugendalter besonders gut gelingen können. Hier fordern wir GRÜNEN entsprechende Maßnahmen von Seiten der Stadt, um Aktivitäten zu schaffen und Bewusstsein entstehen zu lassen.

Es wäre aber falsch zu meinen, allgemeine politische Forderungen alleine könnten eine lebenswerte Jugendzeit in Linz garantieren: der von uns GRÜNEN geschätzte „jugendliche Übermut“ muss in der Stadt genauso Platz finden wie die Hochkultur. Jugendlichen - die im Allgemeinen über kein oder nur geringes Einkommen verfügen - müssen soziale Freiräume geboten werden, in denen sie ohne Konsumzwang und Repression die Jugend genießen und sich selbst verwirklichen können. Gelungene Jugendpolitik misst sich für GRÜNE nicht nur im Vermeiden von Konflikten, sondern vielmehr im bewussten Zulassen und Unterstützen jugendlicher Selbstbestimmtheit.

## DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:

- Mobilitätsoffensive für Jugendliche: Ausbau der Nachtlinien, Verbesserungen beim Anrufsammeltaxi, Freifahrt mit allen „Öffis“ in den Ferien.
- Jugendräume drinnen und draußen, ohne Konsumzwang und Repression - etwa in autonomen Jugendzentren in bisher leerstehenden Gebäuden. Drei zusätzliche Beachvolleyballplätze an den Donauufern. Zwei zusätzliche Jugendzentren in der solarCity und im Lenaupark.
- Ausbau kostenloser WLAN-Internet-Angebote im gesamten Stadtgebiet.
- Unkomplizierte Förderung für Jugendkulturinitiativen.
- Mehr Angebote an qualifizierenden Ferialjobs im Bereich der Stadt und ihrer Unternehmen (Linz AG, LIVA etc.).
- Günstige Startwohnungen um 300 Euro, Senkung des Mindestalters für Anmeldungen im Bereich der städtischen Genossenschaft GWG von 18 auf 16 Jahre.
- Aufwertung des städtischen Jugendbeirats durch Direktwahl und eigene finanzielle Ressourcen; verstärkte Berücksichtigung der Interessen junger Menschen in den städtischen Gremien. Regelmäßige Jugendbefragungen und gezielte Evaluierung der Beteiligungsformen Jugendlicher.

TALK!



## KULTUR: TEILHABE ERLEICHTERN, VIELFALT FÖRDERN

GRÜNE Kulturpolitik will Rahmenbedingungen schaffen, die aktive Partizipation am kulturellen Leben in der Stadt ermöglicht. Kulturpolitik bedeutet nicht nur die Verteilung von Förderungen, sie muss auch dafür Sorge tragen, dass das politische Klima Kunst und Kultur ermöglicht. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten geraten kulturelle Initiativen und damit auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Gesellschaft durch budgetäre Einsparungen in den Hintergrund. Das geht meist auf Kosten von Minderheitenpositionen und gefährdet die kulturelle Vielfalt in der Stadt. GRÜNE Kulturpolitik fördert und forciert Reflexionen über gesellschaftliche Entwicklungen und basiert auf Werten wie Weltoffenheit, Partizipation, Integration und Respekt.

Im Mittelpunkt der GRÜNEN Kulturpolitik für die nächste Legislaturperiode geht es also darum, dem passiven Kulturkonsum aktive Teilhabe entgegenzusetzen und die Rahmenbedingungen dahingehend zu schaffen, dass kulturelle Arbeit abseits von ökonomischen Interessen möglich ist. Das beinhaltet die offensive Förderung und langfristige Absicherung freier Kulturinitiativen, die Schaffung von Vernetzungsmöglichkeiten von Kunst, Technologie und Wissenschaft, der offensive Ausbau von Labors und Proberäumen sowie eine mutige und zukunftsweisende Budgetpolitik, welche die kulturellen Auseinandersetzungen in der Stadt aufwertet.

Ebenfalls von Bedeutung wird es sein, die Lehren aus der Ausrichtung der Kulturhauptstadt zu ziehen und die vorangegangene Entwicklung zu evaluieren. Dazu braucht es aber auch den Mut der Verantwortlichen der Stadt Linz, kulturpolitische Entwicklungen in einem breiten Partizipationsprozess und Einbindung von KünstlerInnen, Kulturschaffenden, PolitikerInnen und anderen Interessierten zu diskutieren.

### DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:

- Günstige und geeignete Proberäume und Ateliers für MusikerInnen und andere KünstlerInnen und Kulturschaffende.
- Verdoppelung der Dotierung der Fördertöpfe LinzEXport, LinzIMport und LinzIMPuls und finanzielle Absicherung der Freien Szene.
- Evaluierung, Neufassung und konsequente Umsetzung des Kulturentwicklungsplans unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus dem Kulturhauptstadtjahr.
- Schaffung eines neuen Museums der Linzer Stadtgeschichte.
- Freie Nutzung der Veröffentlichungen der Stadt unter einer Creative Commons License.
- Aufwertung des Stadtkulturbeirates etwa durch verpflichtende Einbindung bei städtischen Kulturprojekten.
- Verstärkte Nutzung des öffentlichen Raums für Kunst und Kultur.
- Einrichtung einer Linzer Friedensakademie, die von der Stadt Linz und allen Linzer Universitäten getragen wird.



# MOBILITÄT IST KULTUR

Die Stadt ist die sozial, wirtschaftlich und ökologisch am weitesten entwickelte Art des menschlichen Zusammenlebens. Auf wenig Fläche laufen die komplexesten gesellschaftlichen Vorgänge ab, der öffentliche Raum wird intensiv genutzt. Geringe Distanzen machen viele Kontakte möglich und schonen die Ressourcen. Diese Vorteile der Stadt wollen wir stärken. Selbst wenn die Wege noch so kurz sind, gehört zum städtischen Leben immer auch der Verkehr. Die Vielfalt an Mobilität ist eine Errungenschaft. Die große Herausforderung dabei: Wie lässt sich das wachsende Bedürfnis nach Mobilität vereinbaren mit der simplen, aber einschneidenden Tatsache, dass der Platz in der Stadt begrenzt ist? Diese Herausforderung benötigt eine Strategie. Im Gegensatz zu früheren Zeiten wollen wir GRÜNE Mobilität nicht bloß als Problem verwalten, sondern die Vielfalt an Fortbewegungsarten als Chance nutzen.

Für uns GRÜNE ist die frühere Schwarzweißmalerei passé. Kein Verkehrsmittel ist von vornherein gut oder schlecht. Hingegen gibt es für jeden Zweck geeignete und weniger geeignete Fortbewegungsarten. Wenn man etwas Sperriges zu transportieren hat, ist die Straßenbahn wohl kaum das passende Transportmittel. Wenn man sich schnell und gesund bewegen will, eignet sich das Fahrrad am besten. Die GRÜNE Mobilitätsstrategie ist eine ganzheitliche Betrachtung der Mobilität. Sie fördert die Verkehrsmittel gezielt dort, wo ihre Stärken sind. Wir beziehen alle VerkehrsträgerInnen mit ein, keiner wird auf Kosten eines anderen ausgeschlossen. Ebenfalls sehr wichtig: Mobilität ist keine rein technische Angelegenheit. Art und Menge des Verkehrs hat einen Einfluss auf die soziale Zusammensetzung eines Gebiets. Für die Lebensqualität und das lokale Gewerbe ist nicht nur der Verkehrsfluss, sondern auch die Gestaltung des öffentlichen Raums wichtig. Der öffentliche Raum darf nicht einseitig auf Fahrzeuge ausgerichtet sein, denn Mobilität findet nicht nur auf Rädern, sondern auch auf Füßen statt. Die Mobilitätsstrategie des 21. Jahrhunderts fordert, unsere Art der Fortbewegung der jeweiligen Situation anzupassen.

## DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:

- 10.000 zusätzliche Radabstellanlagen im öffentlichen Raum.
- Beidseitige Verbreiterung der Nibelungenbrücke zur Verbesserung der Verkehrssituation für RadfahrerInnen und FußgängerInnen.
- Radweg von Wilhering nach Linz.
- Neue Schienenachse Mühlkeisbahnhof – Frachtenbahnhof – Hauptbahnhof.
- 24 Stunden Mobilitätsgarantie mit einem Ticket.
- Einführung von Begegnungsstraßen in Wohngebieten.



# STADTPLANUNG UND -ENTWICKLUNG: BÜRGER/INNEN BETEILIGEN

Wer durch die Stadt spaziert, gewinnt den Eindruck: Stadtplanung und -entwicklung hängt in Linz im Wesentlichen von den Interessen potentieller InvestorInnen und ProjektbetreiberInnen ab. Kaum Mitsprache ist hingegen für die Betroffenen vorgesehen: die Linzerinnen und Linzer, die in ihrem unmittelbaren Wohn-, Arbeits- und Lebensumfeld von den Maßnahmen betroffen sind.

Wir GRÜNEN zeigen, dass es besser geht. Schon in den letzten sechs Jahren haben wir im Mobilitätsressort der Stadt Linz bewiesen, wie BürgerInnenbeteiligung funktionieren kann: so wurden etwa bei größeren Straßenum- und Neubaumaßnahmen BürgerInnenversammlungen organisiert.

Und wir machen weiter: BürgerInnenbeteiligung muss vom GRÜNEN Ausnahmefall zur Regel werden. In allen Gremien achten wir auf Parität und die Berücksichtigung junger ArchitektInnen und LandschaftsplanerInnen. Und wir beziehen neben den BürgerInnen auch Grün- und FreiraumplanerInnen in die Beiräte ein. Um die Lebensqualität für uns alle zu steigern.

## DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:

- Information, BürgerInnenbeteiligung und Mitbestimmung bereits in der Planungsphase von Projekten; bürgerInnenbeteiligte Belebung und Attraktivierung von Plätzen und innerstädtischen Grünräumen.
- Visualisierung von Bebauungsplänen.
- Flächendeckende Einrichtung von interdisziplinären (z.B. Sozialarbeit, Stadtplanung; Verkehrsplanung) Stadtteilbüros um die jeweiligen, lokalen Lebens- und Sozialisationsverhältnisse der Menschen zu unterstützen und laufend zu verbessern.
- Förderung städtebaulicher Wettbewerbe unter Berücksichtigung junger ArchitektInnen und LandschaftsplanerInnen.
- Ständige Vertretung von Grün- und FreiraumplanerInnen sowie Geschlechterparität im Gestaltungsbeirat.
- Überprüfung der Umweltverträglichkeit bei der Erstellung von Bebauungs- und Flächenwidmungsplänen zur Verbesserung der Lebensqualität.



# UMWELT UND NATURSCHUTZ: VORRANG FÜR LEBENSQUALITÄT

Wir GRÜNEN treten dafür ein, dass der öffentliche Raum lebenswert gestaltet werden muss: Parks und Grünanlagen sind nicht nur Erholungsraum für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch Lebensraum für eine Vielzahl an Vögeln, Kleintieren und Insekten. Sie leisten einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz und zur Lebensqualität in der Stadt Linz.

Zwar hat sich in den letzten Jahren in Linz – nicht zuletzt auf Grund GRÜNER Initiativen – viel getan zur Verbesserung der Luftqualität. Doch es gibt noch viel zu tun: Feinstaub und Stickoxid führen dazu, dass Linz immer noch als Luftsanierungsgebiet gilt. Der Bau des Westrings würde diese Situation weiter verschärfen. Durch die weitere Belastung der Linzer Luft müssten Ausbaupläne der Linzer Industrie auf Eis gelegt werden. Mit katastrophalen Auswirkungen auf Arbeitsplätze und den Wirtschaftsstandort Linz.

Wir GRÜNEN meinen: Lebensqualität und Arbeitsplätze für die Linzerinnen und Linzer müssen Vorrang haben. Parks und Grüngürtel müssen geschützt werden. Wir unterstützen die regionale Wirtschaft und den Kampf gegen den Klimawandel durch den Einsatz von saisonalen Biolebensmitteln aus der Region.

Um die Schadstoffe, die durch den Autoverkehr entstehen, zu reduzieren, sind Maßnahmen im Bereich der Sanften Mobilität notwendig.

## DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:

- Baumschutz für Linz: bürgerInnenfreundlich und einem sorgfältigen Umgang mit Bäumen verpflichtet (basierend auf einem OÖ-Baumschutzgesetz).
- Erneuerungskonzept für überalterte Baumbestände – dadurch Vermeidung von Kahlschlägen, etwa im Schillerpark, Landhauspark, Freinberg und entlang des Donauradweges.
- Konsequenter Schutz für Grüngürtel und innerstädtisches Grün im zu überarbeitenden örtlichen Entwicklungskonzept.
- Für künftige Neu- und Umgestaltung von Plätzen in der Stadt sind Begrünungskonzepte zu erstellen.
- Schutz von „Donautalgrünzug“ und Urfahrwänd.
- Sicherung der 113 Linzer Parks.
- Energie sparen: Förderung von Passivhausbauweise, Forcierung thermischer Sanierung, Einsatz effizienter Technologien, Ausweitung des Fernwärmenetzes, konsequente Umsetzung des Energienutzplans.
- Innovative Kreditmodelle zur kostenneutralen Umsetzung von Energiesparmaßnahmen („Contracting“ und „Intracting“).
- Konsequenter Einsatz biologisch abbaubarer Kunststoffe im Einflussbereich der Stadt.
- Bei Überschreitungen der Grenzwerte sind besondere Maßnahmen zur Reduktion des Autoverkehrs zu setzen.



# WIRTSCHAFT: DER MENSCH IM MITTELPUNKT

Die schlimmsten Befürchtungen der GlobalisierungskritikerInnen sind eingetreten: die aktuelle Wirtschaftskrise zeigt ihre Auswirkungen auch für die LinzerInnen. Steigende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sind für die Betroffenen fatal und drohen, das soziale Gefüge in der Stadt nachhaltig zu beschädigen.

Dabei geht es auch anders. Eine Entkoppelung vom Zustand der Weltwirtschaft ist in der Industriestadt Linz nicht möglich. Aber städtische Initiativen können insbesondere die Klein- und Mittelbetriebe der Stadt als Jobmotoren der Zukunft unterstützen und somit sichere Arbeitsplätze für die Linzerinnen und Linzer schaffen. Ein besonderes Augenmerk muss die Stadtpolitik auf die UnternehmerInnen der Zukunft legen: Frauen und MigrantInnen.

GRÜNE Wirtschaftspolitik in der Stadt setzt sich als Ziel, diese optimalen Bedingungen für Klein- und Mittelbetriebe zu schaffen und gleichzeitig den Linzer Großbetrieben zu ermöglichen, ihren wichtigen Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts Linz zu leisten. Im Mittelpunkt unseres Wirtschaftsdenkens steht jedenfalls immer der Mensch: als ArbeitnehmerIn, als UnternehmerIn und als NachbarIn der Betriebe mit einem ganzheitlichen Anspruch auf ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften.

Das Umsetzen dieses Anspruchs fordern wir GRÜNEN auch im unmittelbaren Einflussbereich der Stadt in den städtischen Betrieben. In diesem Sinne stellen wir uns auch gegen jede Art des Ausverkaufs Öffentlichen Eigentums und fordern von der Stadt als Unternehmerin die Berücksichtigung der Interessen der Bevölkerung bei der Budgeterstellung und eine transparente Handhabung der städtischen Finanzen.

## DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:

- Kein Ausverkauf städtischen Eigentums.
- Kostengünstige, dezentrale Bürogemeinschaftsangebote für JungunternehmerInnen.
- Überarbeitung der Fördermöglichkeiten für Klein- und Kleinstbetriebe mit besonderem Augenmerk auf soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit mit speziellen Angeboten für Frauen, MigrantInnen und JungunternehmerInnen.
- Aufwertung der Linzer Märkte durch effizienteres Management und Schwerpunktsetzungen, Ausweitung der Öffnungszeiten bei den Linzer Märkten.
- UnternehmerInnen- und Qualifikationsförderung in kreativen Bereichen und den neuen Dienstleistungsberufen.
- Installierung eines Forums für Zusammenarbeit zwischen den Ausbildungsstätten für Kunst, Kultur und Design, Mode und den relevanten Betrieben und Institutionen.
- Konsequente Anwendung von Gender-Budgeting.
- Überprüfung des Einsatzes von Freier Software im Magistrat und den städtischen Unternehmen.



## WOHNEN: LEISTBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

Es wird in Linz immer schwieriger, eine Wohnung zu finden. In Linz suchen über 11.000 Menschen eine Wohnung. Pro 1.000 EinwohnerInnen gibt es in Linz 58 Wohnungssuchende in Rohrbach z. B. nur drei.

Derzeit herrscht Wohnungsnot in der Stadt Linz. Durch das knappe Angebot steigen die Mieten. Gleichzeitig steigen nun auch noch die Nebenkosten wegen erhöhter Energiepreise (z.B. Gas, Strom) stark an. Zusätzlich wurden in den letzten Jahren durch Sanierungen viele Wohnungen massiv teurer. Leidtragende dieser Entwicklung sind vor allem Menschen mit einem geringen Einkommen und Personen, denen der Zugang zum sozialen Wohnbau verwehrt bleibt. Die Stadt Linz hat es in den letzten Jahren versäumt, für diese Personen günstigen Wohnraum anzubieten.

Steigende Mieten werden zunehmend zu einem Armutsrisiko. Die Miete ist der größte Posten der Haushaltsausgaben. Übersteigt die Miete ein Drittel des Einkommens, wird es insbesondere für Familien mit Kindern eng. Für die GRÜNEN haben die Erhaltung und der Neubau von günstigem Wohnraum besondere Priorität. Wir setzen uns für gute Rahmenbedingungen der gemeinnützigen Wohnbauträger ein. Gute Wohnqualität und attraktive Räume sind vor allem bei der Neuerrichtung von Wohnanlagen verpflichtend zu berücksichtigen. Günstige Wohnungen müssen eine gute Wohn- und Lebensqualität haben. Eine lebendige Stadtbevölkerung setzt sich aus Menschen in verschiedenen Lebenssituationen zusammen: Familien, StudentInnen, alte Menschen, Menschen mit Behinderungen etc. Viele davon sind auf günstige, für sie geeignete Wohnungen angewiesen. Daher müssen vielfältige Wohnungsangebote für unterschiedliche Bedürfnisse angeboten werden. Die GRÜNEN treten für eine städtische Grundstückspolitik ein. Städtische Grundstücke sollen in Zukunft im Baurecht abgegeben und nicht verkauft werden.

## DIE GRÜNEN WOLLEN IN DEN KOMMENDEN SECHS JAHREN FOLGENDES ERREICHEN:

- Errichtung von Billigwohnungen im Stadtgebiet.
- Förderung der Errichtung von Passivhäusern und Unterstützung thermischer Sanierung als Beitrag zu Betriebskostensenkung und Arbeitsmarktförderung.
- Bedarfserhebung hinsichtlich der benötigten Wohnungsgrößen.
- Soziale Staffelung der städtischen Leistungsangebote.
- Sonderwohnbauprogramm für Jungfamilien und Menschen mit geringem Einkommen.



**DIE GRÜNEN**